

10 Forderungen an die neue Regierung

1. Unabhängige Weisungsspitze für Staatsanwaltschaften

- Einführung eines politisch nicht beeinflussbaren Weisungsgremiums („Bundesstaatsanwalt“ o.ä.)
- Staffelung der Funktionsperioden bei mehrköpfiger Spitze (12 Jahre; beim Start: 4, 8, 12 Jahre)
- Klarer Abberufungsmechanismus bei Machtmissbrauch

2. Stärkung der Staatsanwaltschaften, insb. der WKStA

- Reduktion der Berichtspflichten zur Verfahrensbeschleunigung
- Verkürzung des Instanzenzugs: WKStA direkt unter unabhängiger Weisungsspitze
- Mehr Mittel für Kommunikationskompetenz (z. B. für anlassbezogenes Mediensprechertraining)
- Ermittlungskompetenz bei Staatsanwaltschaft (keine Verlagerung ins BMI)

3. Stärkung der Kronzeugenregelung

- Stärkung des Rechtsschutzes für potenzielle Kronzeugen
- Haftungsfolgen für Kronzeugen überdenken
- Einrichtung einer Expertengruppe zur Bewältigung der komplexen Interessenlage

4. Informationsfreiheit stärken

- Entscheidungsspielraum der Gesetzeslage zugunsten des/der Informationssuchenden nutzen
- Verbesserung der Gesetzeslage: u.a. Einführung einer/eines Informationsbeauftragten und Transparenzgebot für alle (auch kleine Gemeinden)
- Verschiebung der Gesetzgebungskompetenz auf Bundesebene

5. Verbesserung des HinweisgeberInnenschutzes

- Ausweitung des Anwendungsbereichs auf alle Rechtsakte
- Öffentliches Sichtbarmachen der Durchsetzung: Flächendeckende Überprüfung der Durchsetzung unter medialer Ankündigung, beginnend mit Großunternehmen
- Hinweispflicht für Abschlussprüfer bei unzureichender bzw. fehlender Umsetzung

6. Stärkung der Medienunabhängigkeit

- Offene Medienförderung statt „Inseratenpolitik“: Staatliche Förderungen ausbauen und Medienvielfalt sichern, keine finanzielle Verschränkung mit redaktionellen Inhalten
- ORF-Reform: Parteipolitik zurückdrängen, Unabhängigkeit und Bildungsauftrag stärken

7. Verwaltungsreform

- Verschärfung der Umwidmungskompetenz, auch zur Reduzierung der Versiegelung
- Nützen von Insiderwissen in der öffentlichen Verwaltung – strafbewehrt - verbieten
- Klare Regeln für Interessenskonflikte und verpflichtende Compliance-Schulung für Bürgermeister:innen
- Einheitliche Compliance-Regeln und Schulungen für alle leitenden Mitarbeitenden
- Verschlankung der Kabinette, Fachkompetenz in Ministerien nutzen
- Anonyme „360-Grad“-Feedbacks für Leitungsfunktionen

8. Postenschacher entgegenwirken

- Klare Compliance-Vorgaben für Parteiangehörige
- Verwaltungsakademie mit Compliance-Schulungen für Führungskräfte
- Transparente, kompetenzbasierte Personalentscheidungen und Vermeidung von „maßgeschneiderten“ Ausschreibungen
- Kabinettsmitarbeitende nur bei Qualifikation in Ministerien einsetzen
- Reform der Nachbesetzungspflicht für vakante Stellen (kein „Warmhalten“)

9. Ausbau der ethischen, politischen und wirtschaftlichen Bildung an Schulen

- Aufklärung über Korruption als Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat und Stärkung des Verständnisses für deren Bedeutung
- Politikverständnis schärfen, Finanz- und Wirtschaftsbildung fördern, um Demagogie entgegenzuwirken

10. Einführung eines Korruptionsregisters

- Sammlung von Korruptionsverurteilungen (inkl. Untreue) in eigenem Register zur Identifikation von Wiederholungstäter:innen und adäquater Strafbemessung
- Ausspruch im Urteil bei korruptionsnahen Delikten vorsehen